

Thomas König (Wien)

Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft

Als Studienrichtung und Forschungsrichtung ist die Politikwissenschaft in Österreich heute, rund 40 Jahre nach ihrer Gründung, etabliert. Ausstattung und Ressourcenzuteilung sind freilich knapp. Und was macht die Disziplin Politikwissenschaft in Österreich eigentlich aus? Der vorliegende Diskussionsbeitrag argumentiert, dass dieses „Projekt“ Politikwissenschaft weitgehend aus dem Blickfeld seiner AkteurInnen geraten ist, und plädiert dafür, in der Disziplin wieder Räume für Diskussion zu schaffen.

*Keywords: Politikwissenschaft in Österreich, Forschungspolitik, Sozialwissenschaften
Political Science in Austria, research policy, social sciences*

The world has problems, not disciplines;
disciplines are useful fictions rather than reflections
of the nature of reality. (Frodeman/Parker 2009, 343)

Vorbemerkung¹

Dieser Text stellt eine Zuspitzung dar. Dass die Politikwissenschaft zum Verstehen der Zweiten Republik und ihrer Gesellschaft wichtige Beiträge beigesteuert hat, ist unbestritten. Dies bildet die im weiteren Verlauf selbstverständliche Grundlage, auf der über die Frage gesprochen werden soll, was eine sozialwissenschaftliche Disziplin in Österreich ausmacht – und ausmachen kann.

Der österreichischen Politikwissenschaft mag es an vielem mangeln – an sorgfältigen historischen Darstellungen ihrer eigenen Entwicklung nicht.² Hat die Disziplin hier eine besondere Sensibilität für ihre prekäre Existenz entwickelt, so sind doch einige Aspekte unterbelichtet geblieben.³ Unter anderem, behaupte ich, fehlt eine Diskussion über die praktischen Existenzbedingungen und Zukunftschancen der Disziplin. Das Folgende versteht sich als Versuch, diese Diskussion in der Disziplin zu stimulieren.

1. Strukturelle Schwächen

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Politikwissenschaft in Österreich unter äußerst schwierigen Bedingungen operiert. Insbesondere bezieht sich das auf ihre magere Stellenausstattung. Dazu ein paar schlaglichtartige Zahlen.

1. In Österreich ist Politikwissenschaft an drei Universitäten als Vollstudium verankert. Nach Stand vom Wintersemester 2009 gibt es 8004 Politikwissenschaft-Studierende.⁴ Derzeit gibt es 71 wissenschaftliche Angestellte an den universitären Instituten für Politikwissenschaft.⁵ Das entspricht einer institutionellen Betreuungsquote von 1:112,7.

2. 2005 gibt es in Österreich 29 Professuren für Politikwissenschaft – so das Ergebnis einer vergleichenden Studie zur institutionellen Situation der Disziplin in Westeuropa.⁶ Damit liegt Österreich deutlich hinter den Ländern, mit denen es sich anhand der Bevölkerungsgröße eigentlich messen müsste, wie etwa Dänemark, Finnland, Portugal, Schweden, Schweiz, Norwegen, Belgien und Griechenland. Weniger Professuren haben überhaupt nur Irland, Island und Zypern, Länder mit deutlich geringeren Einwohnerzahlen.⁷
3. Die Politikwissenschaft verzeichnet bei den Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) seit 1993 eine Verdoppelung der wissenschaftlichen Stellen (von 27,4 im Jahr 1993 auf 58,5 im Jahr 2006).⁸ Das entspricht ungefähr dem gleichen Wachstum in der Nachbardisziplin Soziologie, die freilich von einer deutlich höheren Ausgangslage erfolgte (1993: 78,7; 2006: 149,6). Zugleich sind aber zwischen 2000 und 2007 in Österreich 272 politikwissenschaftliche Doktoratsabschlüsse erfolgt. Daraus können wir schließen, dass der akademische Arbeitsmarkt im Segment Politikwissenschaft aufgrund des im Verhältnis zu AbsolventInnen äußerst geringen Anteils an vorhandenen (zusätzlichen sowie frei werdenden) Stellen erheblich unter Druck steht.

Die strukturelle Schwäche der Disziplin ist also evident. Sie begleitet die Politikwissenschaft seit ihrer Entstehung. Eine weitreichende Konsequenz der viel beschworenen „Verspätung“ (Pelinka 2004) der Disziplin war ja, dass ihre Legitimierung und Institutionalisierung in eins fielen (König 2010a, 224). Nach jahrzehntelangem Widerstand wurde die Politikwissenschaft im Zuge der fieberhaften Reformierung der Hochschulen ab Mitte der 1960er-Jahre gegründet. Kompromisse waren unabweichbar; dazu zählten (um nur die auffälligsten zu nennen): die Parallelführung von Hochschulstudium und IHS-Post-Graduate-Ausbildung; die Einrichtung von zwei Politikwissenschaft-Instituten an einer Universität; die Eingliederung der Politikwissenschaft ins Geisteswissenschaftliche Studienplangesetz (während die am IHS bereits praktizierte Politikwissenschaft explizit als sozialwissenschaftlich verstanden wurde); die Einrichtung eines Studiums, ohne sich über Studienbedingungen und Berufsmöglichkeiten viele Gedanken zu machen.

Bemerkenswert ist nicht so sehr, dass diese strukturellen Schwächen in einer Zeit der Reform entstanden sind, sondern dass sie zahlreich bis heute fortbestehen – und dabei sogar die zweite Reformwelle der Hochschulen seit Ende der 1990er-Jahre (Pechar 2004; Melchior 2004) weitgehend überlebt haben. Der Profilierungsdruck und die Euphorie der ersten Jahre (König/Kreisky 2007) übertünchte diese strukturellen Schwächen zunächst. Weil sie für eine programmatische Engführung zwischen Reformpolitik und politisch-reformorientiertem Eigenanspruch der Disziplin stehen, gelten die 1970er für viele VertreterInnen der ersten Generation auch bis heute als die Blütezeit der Politikwissenschaft in Österreich.

2. Politik und Wissenschaft

In den 1970er-Jahren war die Disziplin explizit auf Betreiben der Politik institutionalisiert worden, weil sich die Reformregierung davon praktische Impulse erhoffen durfte – und auch, weil es einfach international Standard war, die Disziplin im Hochschulbetrieb zu haben. Das Verhältnis von Politik und Politikwissenschaft wurde aber bald komplizierter. Von Hertha Firnberg, langjährige Wissenschaftsministerin in der Regierung Kreisky, stammt die sinngemäße Aussage aus den frühen 1980er Jahren⁹, dass ihr Ressort keine weiteren Investitionen in ein Fach unter-

nehme, aus dem nur brotlose PolitologInnen entstehen würden. Offenbar kalkulierte die Ministerin (die im Übrigen den Sozialwissenschaften weitaus offener gegenüberstand als viele ihrer KollegInnen in der Politik), dass die Studierenden bei Verknappung der Ressourcen und sich verschlechterndem Betreuungsverhältnis das Studium zu meiden beginnen würden. Diese Rechnung ging offensichtlich nicht auf.

Das ist mehr als nur eine ironische Anekdote darüber, dass man (sozialdemokratischen) PolitikerInnen nicht trauen soll, wenn sie auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes setzen. War das spezifisch historische Amalgam von progressiver Reformpolitik und kritischer Politikwissenschaft einmal aufgelöst, blieben in der Öffentlichkeit „drei Missverständnisse mit der Politikwissenschaft“ bestehen (Pelinka 2004, 101f.): Das Studium Politikwissenschaft wurde gemeinhin als ein Produkt der 1968er-Bewegung gesehen und daher „links“ verortet. Überhaupt wurde Politikwissenschaft nicht als Wissenschaft, sondern als das Äußern von Meinungen (Politisieren) missverstanden. Nicht zuletzt wurde Politikwissenschaft auch als Wissenschaft für die Politik (oder besser: die Befriedigung großkoalitionär-politischer Interessen) wahrgenommen, statt als Wissenschaft von der Politik.

Wir sollten, wie Pelinka (ebd.) richtig feststellt, nicht die politische Funktion verkennen, die ein jedes dieser Missverständnisse zu ihrer Zeit auszeichnete – die Politikwissenschaft konnte lange Zeit diskreditiert werden und von einer adäquaten Ressourcenzuteilung ausgenommen werden, und sie musste auch für koalitionschacher herhalten. Die drei Missverständnisse sind heute weitgehend aufgelöst, und aus nachbetrachtender Perspektive sind ihre politischen Funktionalisierungen einfach zu erkennen. Doch auch heute bestimmen Missverständnisse die öffentliche Wahrnehmung die Politikwissenschaft; wir sollten uns über ihre politische Funktionalität verständigen.

- Österreichs Sozialwissenschaften sind in eine Vielzahl kleiner Forschungseinrichtungen aufgeteilt: Expertise ist, wie schon vor einiger Zeit erkannt, über viele Institutionen weit verstreut, und es mangelt an Forschungsk Kooperationen (Smith 2002, 18). Insbesondere zwischen den vornehmlich an den Universitäten angesiedelten, auf Grundlagenforschung konzentrierten, disziplinären Instituten und den problemorientierten außeruniversitären Einrichtungen, die von angewandter Forschung leben, bestehen wenige Verknüpfungen. Für die (universitäre) Disziplin Politikwissenschaft folgert daraus, dass sie ihr theoretisches und methodologisches Instrumentarium nur ungenügend an gesellschaftlich brisanten Problemstellungen zu schärfen in der Lage ist. Die politische Funktionalität, so der Verdacht, liegt darin, dass eine wenig schlagkräftige sozialwissenschaftliche Forschung angenehmer zu sein scheint als eine, die bestimmte Herrschaftsmuster kritisch (d.h. theoretisch adäquat und empirisch fundiert) ins Blickfeld zu rücken vermag.
- Eine andere Schieflage ist der Mythos, dass es um alle geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen (GSK) gleichermaßen schlecht bestellt wäre. Es ist mittlerweile empirisch hinreichend bewiesen, dass in Österreich keine generelle Unterfinanzierung der GSK vorliegt (Zinöcker et al. 2006). Innerhalb dieser Fächer verläuft freilich die entscheidende Bruchlinie der Ressourcenausstattung. Offensichtlich besteht die politische Funktion dieses Mythos darin, die bestehende Ungleichheit zwischen Disziplinen aufrechtzuerhalten. Gerade der Politikwissenschaft, die – wie eingangs gesehen – klare Anzeichen des Aushungerns trägt, fällt es in einer solchen Situation schwer, ihren Anspruch auf besondere Unterstützung und Förderung zu betonen.

3. Geringe Einwerbung, schwacher Output

Es ist schwierig, solide Aussagen über die Forschungsschwerpunkte der österreichischen Politikwissenschaft zu machen. Das ist ein Indiz für die Zersplitterung der Disziplin. Ein solches „Compositum Mixtum“ (Hartmann 2006, 236) dürfte für viele europäische Varianten der Politikwissenschaft typisch sein. Immerhin lässt sich in Österreich aber doch eine Schwerpunktsetzung auf die Beschreibung und Analyse des österreichischen politischen Systems feststellen. Seit etwa 15 Jahren wird diese auch in Richtung EU-Forschung ausgebaut.

Wenn wir uns im Folgenden auf den Bereich der Grundlagenforschung konzentrieren, so geschieht dies aus zwei Gründen. Erstens kann in der Grundlagenforschung der Kern einer sozialwissenschaftlichen Disziplin verortet werden – im Gegensatz zur angewandten Forschung, die, weil problemorientiert, eher interdisziplinär angelegt ist. Zweitens ist der Datenbestand für szientometrische Analysen im Bereich der Grundlagenforschung leichter verfügbar. Wie sieht nun dieses Forschungsprofil in Zahlen aus?¹⁰

Einen ersten Anhaltspunkt liefern eingeworbene Forschungsbudgets. Forschungsgelder fließen, nach Robert Mertons bekannter Abwandlung des Bibelzitats („wer hat, dem wird gegeben“) vor allem dorthin, wo bereits gute Ausstattung vorhanden ist. Die Politikwissenschaft gehört hier allerdings zu den ganz Armen: Aus den Angaben des FWF für den Antragszeitraum 2002–2008 geht hervor, dass die Bewilligungsquote für Projekte im Bereich Politikwissenschaft 23,5% beträgt, womit sie deutlich unter den 28,5% liegt, die für die gesamten Sozialwissenschaften gelten.¹¹ Das politikwissenschaftliche Antragsvolumen beträgt 9,0%, das bewilligte Volumen 7,4% vom jeweiligen Budgetvolumen in den Sozialwissenschaften.¹² Das Abschneiden der Disziplin wäre übrigens noch weitaus schlechter, wäre nicht Ende 2008 die „Österreichische Nationale Wahlstudie 2010“ (Autnes) von Fritz Plasser, Wolfgang C. Müller und Sylvia Kritzinger im Rahmen eines FWF-Schwerpunktprogramms bewilligt worden. Dieses Nationale Forschungsnetzwerk (NFN) macht im angegebenen Zeitraum allein 30% des Volumens aller Förderungen für Politikwissenschaft aus.

Die Situation bessert sich auch nicht, wenn wir auf den Output blicken (wobei wir uns hier auf den Teilbereich von Artikeln in Fachzeitschriften beschränken müssen, für den die verlässlichsten Zahlen vorliegen).¹³ So lässt sich anhand einer Zitationsanalyse feststellen, dass die international erfassten Publikationen aus Österreich in Fachzeitschriften zu verachtfachen wären, um auf den Durchschnitt der besten fünf Länder zu kommen.¹⁴ Ein solcher Blick verschließt sich zwar wieder dem Output der angewandten Forschung, die sich eher auf andere Publikationsmedien konzentriert. Doch der Mangel an Publikationen zeigt auf, dass die VertreterInnen der Disziplin keine ausreichende internationaler Vernetzung zu haben scheinen.

Ein weiteres Indiz ergibt sich durch vergleichende Analyse von Zitationsnetzwerken in wissenschaftlichen Zeitschriften. Im Vergleich mit ausgewählten britischen Fachzeitschriften sind etwa die Kooperationsnetzwerke in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) „klein und fragil“. Vor allem aber ist in der ÖZP – im Gegensatz zu allen anderen analysierten Journals – „deutlich weniger Kommunikation zwischen Autoren in Form von (wechselseitigen) Bezugnahmen zu erkennen“ (Arzheimer/Schoen 2009, 616, 623).¹⁵ AutorInnen in der ÖZP verweisen weitaus seltener auf andere Artikel in diesem Journal, als dies in den anderen Zeitschriften der Fall ist. Das geht einher mit einem grundsätzlich äußerst geringen Anteil an Zitaten, die auf Zeitschriftenartikel verweisen (insgesamt nur 17 %); den bei Weitem größten Anteil halten Monografien und Sammelbandbeiträge.

Welche Schlüsse können wir daraus ziehen? Zunächst scheint es so, als würde die Grundlagenforschung stark vernachlässigt, möglicherweise, weil die Auftragsforschung ertragreicher ist. Die Politikwissenschaft scheint zweitens überwiegend aus EinzelkämpferInnen zu bestehen. Und zuletzt: Politikwissenschaftliche Diskussionen auf internationaler Ebene werden zwar rezipiert, aber kaum mitbestimmt. Als eine normalisierte, selbstverständlich gewordene Disziplin befindet sich die österreichische Politikwissenschaft in einem gefährlichen Teufelskreis: Weil sie nicht ausreichend unterstützt wird, kann sie nicht ausreichend forschen; weil sie nicht ausreichend forscht, wird sie nicht ausreichend unterstützt.

4. Eine problematische Selbstverständlichkeit

Bislang könnte der Eindruck entstanden sein, ich will die Politikwissenschaft als einen überwiegend passiven Spielball von externen Kräften beschreiben. Doch aus der historischen Wissenschaftsforschung wissen wir, dass sozialwissenschaftliche Disziplinen in erster Linie als „Projekte“ zu verstehen sind (Ross 2003, 206) – als langfristige Vorhaben ambitionierter WissenschaftlerInnen, die an die Lösung politischer und gesellschaftlicher Problemstellungen herangehen und dies mit einer Absicherung ihrer eigenen wissenschaftlichen Karriere verknüpfen.

Jedoch, ich behaupte, dass grundlegende Wesenszüge des Projekts Politikwissenschaft in Österreich verloren gegangen sind. Das klingt zunächst absurd. Die Politikwissenschaft ist als Disziplin ja inzwischen selbstverständlich geworden – ein selbstverständliches Studium, eine selbstverständliche Forschungsrichtung, ein selbstverständliches Feld der Expertise. Dennoch möchte ich meine These an zwei Punkten festmachen:

Erstens mangelt es an innerdisziplinärem Diskussionszusammenhang. Es gibt disziplinintern keine Verständigung, keinen Ort, an dem wissenschaftlicher Austausch und Konflikt ausgetragen wird. So klein die Politikwissenschaft ist, so zersplittert ist sie auch. Wir haben, wie gesehen, EinzelkämpferInnen. Wissenschaft ist aber nicht nur Konkurrenz, sondern auch Kooperation und Zusammenarbeit; ohne Letztere kann auch kein spezifischer wissenschaftlicher Mehrwert für die Disziplin entstehen. Internationale Debatten und Entwicklungen werden, wenn sie denn wahrgenommen werden, kaum in innovative Forschung und Theoriebildung umgelegt. Umgekehrt ist auch der heimische Beitrag zu internationalen Entwicklungen eher bescheiden.

Zweitens: Die institutionelle Diskussion zwischen den Standorten ist abgerissen. Auch hier war es schon einmal besser: Es hat – um ein dringliches Beispiel zu nennen – einmal eine eigene Österreich-Studienkonferenz gegeben, in der die ÖGPW eine Koordination des Studiums an den drei Standorten versuchte. Inzwischen scheint es, als wäre jeglicher Versuch einer studienorganisatorischen Verständigung abgebrochen. So haben wir in einer Zeit, in der es besser denn je zuvor möglich wäre, innerdisziplinär eigenständig über Inhalte, Formen und Rahmenbedingungen eines Studiums Politikwissenschaft zu bestimmen, keine Diskussion zu diesem Studium mehr.

Kurz: Ziemlich zeitgleich mit der äußeren Normalisierung der Disziplin hat der innerdisziplinäre Diskussionszusammenhang sein (auch formales) Ende gefunden. Diese Entwicklung ist paradox und tragisch. Paradox ist sie, weil sie zu einer Zeit stattfand, in der die zunehmende Flexibilisierung des Hochschul- und Forschungsbetriebs gerade mehr Handlungsoptionen eröffnete.¹⁶ Der Bologna-Prozess etwa hätte in großen Teilen von unten mitbestimmt werden können. Die Hochschulreform hätte Möglichkeiten zu strukturellen Bereinigungen eröffnet. Und die zunehmende Verlagerung der Forschungsfinanzierung auf Projektbasis verlangt geradezu, dass es zu einer verstärkten Schwerpunktsetzung in der Forschung kommt. All dies ist nicht bzw.

kaum passiert. Das Tragische daran ist, dass das Projekt der Disziplin Politikwissenschaft auf seltsame Art und Weise unvollständig bleibt.

5. Projektstrategien

In der oben genannten Tragödie des Projektstillstands liegt immerhin die Chance, in aller Offenheit die Frage zu diskutieren, wozu es die Politikwissenschaft in Österreich überhaupt geben soll. Um das möglichst realistisch bewerkstelligen zu können, hat sich die Politikwissenschaft in Österreich – wenn darunter wirklich das ambitionierte Projekt einer solchen Disziplin verstanden werden soll – mit drei Fragenkomplexen zu konfrontieren:

1. Was sind die realistischen Rahmenbedingungen für dieses Projekt? Für die nächsten Jahre ist mit einer restriktiven Budgetpolitik zu rechnen, die den interdisziplinären Verteilungskampf weiter befeuern wird. Außerdem wird wohl der – in Österreich immer noch recht hohe – Anteil des „General University Funding“ (GUF) zugunsten kompetitiver Projektfinanzierung zurückgehen (Aichner 2010, 56). Knapper werdendes Geld wird also noch stärker als bisher kompetitiv eingeworben werden müssen – darauf hat sich die Disziplin einzustellen.
2. Unter dieser Maßgabe scheint es umso dringlicher, die zuvor kurz angemerkten strukturellen Schwächen und organisatorischen Mängel zu beseitigen. Wie? Immerhin sind Initiativesetzungen an den autonomen Universitäten leichter möglich geworden, und einige Ideen kursieren bereits: Die österreichweite Studienarchitektur der Politikwissenschaft wäre ebenso zu überdenken wie die institutionelle Verfasstheit der Disziplin. Auch sollten disziplinspezifische Qualitätskriterien für Evaluierungen und offene Stellen festgelegt werden, um nicht völlig den fachfremden Vorgaben der Wissenschaftsmanager ausgeliefert zu sein.
3. Diese ersten zwei Fragenkomplexe sind aber ohne Bedeutung, wenn nicht endlich darüber diskutiert wird, wie das Projekt in Zukunft beschaffen sein soll. Um die schwache Fachdiskussion zu beleben, wäre zuallererst die wissenschaftliche Orientierung und Ausrichtung offen zu adressieren. Idealtypisch lassen sich hier drei mögliche Pfade denken:
 - Entweder wird weiterhin auf die Disziplin Politikwissenschaft in Österreich gesetzt. Das scheint der logisch vorgegebene, aber zugleich (und besonders angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen) zu wenig reflektierte Pfad zu sein. Wenn er eingeschlagen werden soll, dann wäre doch zumindest einmal die grundlegende Frage zu diskutieren, ob es überhaupt eine ausreichende Menge an politikwissenschaftlich tätigen Personen in Österreich gibt, ob es überhaupt eine kritische Masse gibt, von der aus das Projekt erfolgreich betrieben werden kann.
 - Oder die Politikwissenschaft geht mit anderen Nachbardisziplinen in eine breitere sozialwissenschaftliche Initiative auf, wie sie in der problemorientierten, außeruniversitären Forschung ohnehin bereits realisiert ist. Das würde bedeuten, diese Forschungsrealität in der universitären Ausbildung abzubilden, den klassischen disziplinären Zusammenhang aufzulösen und stattdessen gezielten Theorie- und Forschungsschwerpunkte in einem sozialwissenschaftlichen Rahmen zu setzen. Offen bliebe bis auf Weiteres, wie die bislang geringen theoretischen und methodologischen Innovationen insgesamt gestärkt und die bestehenden, wenngleich vielleicht oftmals nur arbiträren Antipathien zwischen den existierenden Disziplinen aufgelöst werden können.

- Zuletzt könnte die Disziplin auch ihren nationalen Bezugsrahmen auflösen und eine konsequente Europäisierung anstreben. Europa ist bekanntlich nicht nur ein fruchtbarer Forschungsgegenstand, sondern auch ein sich zunehmend integrierender Forschungsraum. Um am europäischen Projekt Politikwissenschaft teilzunehmen, wäre die passive Europäisierung zu überwinden.

Es ist klar, dass diese idealtypischen Pfade in der Realität miteinander verschlungen sind; ebenso wie das „Projekt“, von dem ich hier gesprochen habe, kein eindimensionales Konstrukt ist, sondern von vielen verschiedenen AkteurInnen und deren sehr unterschiedlichen, teilweise sich widersprechenden Interessen und Zielsetzungen getragen wird. Sie operieren dabei unter schwierigen Bedingungen, und wenn diese klar benannt werden, ist bereits ein wichtiger Schritt getan. Wichtiger noch aber ist die Bereitschaft der AkteurInnen, Gemeinsamkeiten und Differenzen ihrer „Projektteile“ endlich wieder in eine Diskussion einzubringen.

ANMERKUNGEN

- 1 Der vorliegende Text ist eine stark erweiterte Version des Vortrags im Rahmen der 40-Jahr-Feier der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft am 3.12. 2010 in Wien. Für Hinweise danke ich den KommentatorInnen bei dieser Veranstaltung sowie Tamara Ehs, Stephan Renner, Patrick Scherhauer, Peter Biegelbauer, Anna Durnova. Falk Reckling vom FWF hat freundlicherweise einige szientometrische Spezialauswertungen zur Verfügung gestellt.
- 2 Eine Übersicht findet sich in König (2010a, 223).
- 3 Forschungsdesiderata sind etwa Untersuchungen zu Entstehung und Entwicklung der Disziplin, aber auch Studien zur langen Vorgeschichte der Politikwissenschaft (siehe aber inzwischen Ehs 2010). Auch begleitende Forschung wie etwa bibliometrische Auswertungen ist selten.
- 4 Eigene Abfrage auf uni:data (Internet: <http://eportal.bmbwk.gv.at/>, Abfrage 1.12. 2010). Die Angaben sind zwar wenig präzise, weil sie aufgrund des Umstellungsprozesses auf die Bologna-Studienarchitektur verschiedene, sich teilweise sogar überschneidende Studienarten – Bachelor, Master, Diplomstudium, Doktorat – zusammenfassen. Doch als heuristisches Mittel, das Verhältnis von Studierenden zu Lehrenden zu bestimmen, genügt diese Auswertung allemal.
- 5 Eigene Abfrage auf den Websites der Institute für Politikwissenschaft der Universitäten Wien, Innsbruck, Salzburg sowie dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien (vom 1.12. 2010). Eingerechnet wurde das auf den Websites angegebene Stammpersonal mit Doktorat.
- 6 2010 sind es, wenn wir den Angaben auf den Institutswebsites trauen wollen, ebenso viele. Allerdings sind dabei Professuren nur jener Universitäten, die ein Vollstudium Politikwissenschaft anbieten, berücksichtigt.
- 7 Siehe Klingemann (2007, 20). Berechnet man das Verhältnis von Professuren pro Million Einwohner des Landes, so erreicht Österreich eine Quote von 3,58. Im Bereich der westeuropäischen Kleinstaaten (Einwohnerzahlen zwischen 4 und 12 Millionen) liegt Österreich damit an letzter Stelle. Norwegen liegt mit einer Quote von 10,43 an der Spitze vor Finnland (7,69) und Dänemark (7,41). An vorletzter Stelle liegt Portugal mit einer Quote von 3,81.
- 8 Daten dazu und im Folgenden aus einer Spezialauswertung der Statistik Austria, die anlässlich einer umfassenderen Untersuchung erfolgt ist (König 2010a, 246f.). Erfasst ist das wissenschaftliche Personal der R&D-Beschäftigten in den Sektoren „Staat“, „Hochschulen“, „privat gemeinnützig“ sowie „kooperativ“. Die Angaben erfolgen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), worin sich der Zeitwert einer Vollzeitarbeitskraft ausdrückt.
- 9 Helmut Kramer berichtet, die Wissenschaftsministerin habe sich Anfang der 1980er Jahre ihm gegenüber derart geäußert (Gespräch des Autors mit Helmut Kramer, 14.1. 2009).
- 10 Die folgenden Angaben wurden zuerst für eine umfassendere Studie zur Politikwissenschaft erhoben (König 2010a); weiterführende Angaben finden sich dort.
- 11 Spezialerhebung des FWF; Volumen bezeichnet die Summen der beantragten bzw. bewilligten Projektbudgets. Es gibt Hinweise, dass die Politikwissenschaft bei der projektbasierten Antragsförderung anderer Förderorganisationen, etwa dem Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank, besser abschneidet. Von dort konnten leider keine genaueren Zahlen erhoben werden.
- 12 Zum Vergleich: Die Bewilligungsquote ist für die Soziologie mit 22,2% etwas geringer, das Antragsvolumen beträgt allerdings 15,8%, das bewilligte Volumen 12,2% des jeweiligen Gesamtvolumens.

- 13 Der analysierte Datensatz stellt eine Stichprobe der internationalen Wahrnehmung von Publikationen dar, denn damit sind nur rund 20–25% der Publikationsleistungen der Disziplin erfasst. Es gibt – berechnete – Kritik an diversen bibliometrischen Verfahren zur Feststellung der Leistungsfähigkeit einer Wissenschaftsdisziplin (vgl. dazu in Bezug auf die Politikwissenschaft etwa Helms 2010, 64f.). Aber: Die Zahlen für die Analyse zur Kenntnis zu nehmen, heißt noch nicht, seine Strategie danach ausrichten zu müssen. In diesem Zusammenhang ist sehr zu begrüßen, dass die Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Wien unter führender Beteiligung von PolitikwissenschaftlerInnen eine eigene Zusammenstellung von wichtigen Publikationsbereichen (Verlage, Journals, etc.) gemacht hat. Es wäre wünschenswert, wenn diese und ähnliche Bottom-up-Initiativen Verbreitung und auch politische Unterstützung finden, damit es in Zukunft nicht mehr notwendig sein wird, sich auf eine so problematische Quelle wie Thomson Reuters ISI Web of Knowledge zu verlassen.
- 14 Spezialauswertung des FWF basierend auf Angaben des Thomson National Science Indicator für den Zeitraum 1981–2006, urspr. für König (2010a). Die englischsprachigen Länder sind in der Analyse nicht einbezogen.
- 15 Vgl. dazu auch die Vorbemerkung des Geschäftsführenden HerausgeberInnengremiums der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft in der ÖZP 4/2010 (König 2010b).
- 16 Freilich, die Politikwissenschaft hat diese Handlungserweiterung nicht allein verpasst; siehe dazu Kritzinger/Prainsack/Pülzl (2006).

LITERATURVERZEICHNIS

- Aichner, Christof* (2010). Die Selbststeuerung der Wissenschaft: Der FWF, in: Peter *Biegelbauer* (Hg.): Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Wissenschaftssystems, Innsbruck, 25–66.
- Arzheimer, Kai/Harald Schoen* (2009). Isoliert oder gut vernetzt? Eine vergleichende Exploration der Publikationspraxis in der PVS, in: PVS, Vol. 50(4), 604–626.
- Ehs, Tamara* (2010). Über die Ursprünge österreichischer Politikwissenschaft. Ein Blick zurück im Bologna-Jahr 2010, in: ÖZP, Vol. 39(2), 223–241.
- Frodeman, Robert/Jonathan Parker* (2009). Intellectual Merit and Broader Impact: The National Science Foundation's Broader Impact Criterion and the Quest of Peer Review, in: *Social Epistemology*, Vol. 23(3-4), 337–345.
- Hartmann, Jürgen* (2006). Geschichte der Politikwissenschaft. Grundzüge der Fachentwicklung in den USA und in Europa, Wiesbaden.
- Helms, Ludger* (2010). Die deutsche Politikwissenschaft und ihre europäischen Schwesterdisziplinen, in: Irene *Gerlach/Eckhard Jesse/Marianne Kneuer/Nikolaus Werz* (Hg.): Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden, 55–72.
- König, Thomas* (2010a). Die Geschichte der Disziplin Politikwissenschaft im Verhältnis zu österreichischer Forschungspolitik und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in: Peter *Biegelbauer* (Hg.): Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems, Innsbruck, 223–257.
- König, Thomas* (2010b). Vorbemerkung des geschäftsführenden HerausgeberInnengremiums, in: ÖZP, Vol. 39(4), 383–385.
- König, Thomas/Eva Kreisky* (2007). Bedingungen kritischer Wissenschaft in Österreich. Vom zähen Weg der Etablierung der Sozialwissenschaften zur Wissensgesellschaft als Privatisierung von Bildung und Wissenschaft, in: Oliver *Brüchert/Alexander Wagner* (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie, Marburg, 115–134.
- Kritzinger, Sylvia/Barbara Prainsack/Helga Pülzl* (2006). System oder Netzwerk? Veränderungen forschungspolitischer Strategien in Österreich, in: ÖZP, Vol 35(1), 75–92.
- Melchior, Josef* (2004). The managerial and entrepreneurial turn in Austrian higher education, in: *European Political Science*, Vol 3(3), 13–22.
- Pechar, Hans* (2004). Austrian Higher Education Meets the Knowledge Society, in: *The Canadian Journal of Higher Education*, Vol. 34(3), 55–72.
- Pelinka, Anton* (2004). Politikwissenschaft, kritische Öffentlichkeit und Politik, in: Helmut *Kramer* (Hg.): Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich, Wien, 99–111.
- Ross, Dorothy* (2003). Changing Contours of the Social Science Disciplines, in: Theodore M. Porter, Dorothy Ross (Hg.): *The Cambridge history of science 7. The modern social sciences*. Cambridge, 205–237.
- Smith, John H.* (2002). Mapping Austrian Social and Human Sciences Research with a View to Participation in the European Research Area/6th EU Research Framework Programme. Final Report, Wien.
- Zinöcker, Klaus/Michaela Glanz/Brigitte Tempelmaier/Michael Dinges* (2006). Five Myths about Funding Scientific Research (in Austria), in: *Plattform Forschungs- und Technologieevaluierung*, 28, 72–103.

AUTOR

Thomas König ist Lektor an der Universität Wien und wissenschaftlicher Assistent der Präsidentin des European Research Council.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 2/7, 1010 Wien

E-Mail: thomas.koenig@univie.ac.at



Pollak Johannes, Schubert Samuel, Slominski Peter

Die Energiepolitik der EU

Europa kompakt Band 5

UTB: facultas.wuv 2010, 232 Seiten, broschiert
 ISBN 978-3-8252-3131-6
 EUR 19,50 [A] / EUR 18,90 [D] / sFr 32,90

Der Band erläutert systematisch die energiepolitischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere ihre Energieaußen- und Energieliberalisierungspolitik. Zudem werden die in der EU wirksamen Strukturen, Akteure, Verfahren und Instrumente analysiert und in einem Vergleich mit der Energiepolitik der USA und Russlands die unterschiedlichen Ausgangssituationen, Strategien und Risiken benannt.



Algieri Franco

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Europa kompakt Band 4

UTB: facultas.wuv 2010, 222 Seiten, broschiert
 ISBN 978-3-8252-3130-9
 EUR 19,50 [D] / EUR 18,90 [D] / sFr 32,90

Welche Bedeutung der EU im 21. Jahrhundert zukommt, hängt entscheidend von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ab. Der Band beleuchtet die GASP im Kontext ihrer historischen Entwicklung und ihrer institutionellen und akteurspezifischen Merkmale. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wird als Teil der GASP verstanden. Neben der systemischen Perspektive wird anhand der Europäischen Sicherheitsstrategie und ausgewählter Beispiele die globale Reichweite der GASP thematisiert.